

**Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses
am Freitag, dem 02.12.2005, im Großen Ausschussszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Zi. 570)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 09:55 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Bericht der Verwaltung	5
2.	Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2005 353/2005	8
3.	Umsatzsteuerproblematik beim Defizitausgleich der Kosten der Tierkörperbeseitigung 354/2005	9
4.	Erweiterung der Start- und Landebahn am FMO 320/2005/1	10
5.	Erlass von Kostenerstattungsbeträgen im Rah- men der SGB II-Jahresabrechnung 2005 355/2005	11
6.	Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Chemischen Landes- und Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt Münster zur Le- bensmitteluntersuchung 356/2005	12
7.	Errichtung von zwei neuen Bildungsgängen am Berufskolleg Beckum 342/2005	13
8.	Entsorgungsentgelte 2006 341/2005	14
9.	Abschließende Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2006 und des Investitions- programms 2005 bis 2009 358/2005	15

10.	Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	364/2005	16
11.	Anfrage der FDP-Fraktion zur Zielvereinbarung des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien	362/2005	17
12.	Anfrage der FDP-Fraktion zur strukturellen Veränderung beim Amt für Kinder, Jugendliche und Familien	363/2005	18
.	<u>II. Nichtöffentlicher Teil</u>		
1.	Abbruch der alten und Errichtung einer neuen Brücke im Zuge der K 40 über den Flaggenbach	345/2005	19
2.	Verkauf von Grundstücksflächen an der Regenschule Ahlen/dem Berufskolleg Ahlen	361/2005	20

Anlagen

Anlage 1	über- und außerplanmäßige Ausgaben zur Kenntnis
Anlage 2	über- und außerplanmäßige Ausgaben zur Zustimmung
Anlage 3	Vertragsentwurf mit dem Chemischen Landes- und Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt Münster zur Lebensmitteluntersuchung
Anlage 4	Listen aller gestellten Anträge zum Haushalt mit dazugehörigen Beratungsergebnissen und Änderungslisten für den Haushalt 2006

Anwesend:

Vorsitz	
Kirsch, Wolfgang Dr.	
Mitglieder des Kreisausschusses	
Arnkens-Homann, Dagmar	
Birkhahn, Astrid	
Blömker-Stockmann, Maria	Vertretung für Herrn Reimund Juli
Buschkamp, Franz-Josef	
Eisenhuth, Hans-Heinrich	Vertretung für Herrn Dr. Klaus Strautmann
Hild, Karl-Wilhelm	
Kaup, Winfried	
Krause, Winfried	
Kreft, Peter	
Müller, Eckehard	
Ommen, Detlef	
Steiner, Hans-Rüdiger	
Wartala, Franz-Jörg	
Wiemann, Norbert	
Wördemann, Christiane	Vertretung für Frau Hildegard Tünte-Poschmann
von der Verwaltung	
Börger, Heinz Dr.	
Funke, Stefan Dr.	
Hansen, Peter Dr.	
Gnerlich, Friedrich	
Burgdorf, Marc-André	
Kampelmann, Norbert	
Schulze Kalthoff, Norbert Dr.	bis TOP 2
Peitz, Sigurd	bis TOP 2
Rogoski, Nicole	

Es fehlten entschuldigt:**Mitglieder des Kreisausschusses**

Juli, Reimund

Strautmann, Klaus Dr.

Tünste-Poschmann, Hildegard

Landrat Dr. Kirsch eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses und die Vertreter der Presse.

Frau Wördemann, die in dieser Wahlperiode erstmals an einer Sitzung des Kreisausschusses teilnimmt, wird durch Landrat Dr. Kirsch vereidigt und zur Ehrenbeamtin ernannt.

Anschließend stellt Landrat Dr. Kirsch fest, dass der Kreisausschuss mit Einladung vom 18.11.2005 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Er weist darauf hin, dass im Nachgang zur Einladung mit Schreiben vom 29.11.2005 die Änderungslisten für den Haushalt 2006 sowie Listen aller gestellten Anträge zum Haushalt mit dazugehörigen Beratungsergebnissen versandt wurden.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. Öffentlicher Teil**1. Bericht der Verwaltung****1. Vorstellung der neuen Amtsleiter**

Herr Dr. Schulze Kalthoff, seit 15.10.2005 neuer Amtsleiter des Gesundheitsamtes, und Herr Peitz, seit 01.11.2005 neuer Amtsleiter des Bauamtes, stellen sich kurz vor.

2. Zusammenarbeit mit der ARGE

➤ Landrat Dr. Kirsch:

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften sei derzeit unklar. Manuelle und ADV-gestützte Auswertungen hätten unterschiedliche Zahlen ergeben. Die kommunale Seite sei bislang von ca. 9.100 Bedarfsgemeinschaften ausgegangen, die Agentur für Arbeit von ca. 8.700. Möglicherweise liege die tatsächliche Zahl dazwischen.

Die Aufwendungen des Kreises für Unterkunft und Heizung lägen konstant bei ca. 2,5 Mio € pro Monat.

Mit den Bürgermeistern im Kreis Warendorf sei vereinbart worden, die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Jahr 2006 um 10% zu senken. Dies sei ein sehr ehrgeiziges Ziel, aber unbedingt notwendig weil jeden Monat ca. 200 Menschen von ALG I zum ALG II wechselten.

Neuer Geschäftsführer der ARGE sei Herr Peter Wapelhorst. Auf die Stellenausschreibung des Kreises seien 86 Bewerbungen eingegangen. Nach umfassender Sichtung der Bewerbungsunterlagen seien 5 Bewerberinnen und Bewerber zu Vorstellungsgesprächen eingeladen worden, in denen sich Herr Wapelhorst als der geeignetste Kandidat herausgestellt habe. Herr Wapelhorst sei derzeit Amtsleiter des Ordnungs-, Sozial-, Schul-, und Kulturamtes der Gemeinde Everswinkel. Nach Gesprächen mit dem Bürgermeister der Gemeinde Everswinkel werde Herr Wapelhorst zum 15.01.2006 die Geschäftsführung der ARGE übernehmen und gleichzeitig Mitarbeiter des Kreises Warendorf werden.

In der Vergangenheit habe es eine Auseinandersetzung mit Herrn Struck gegeben, die über die Öffentlichkeit ausgetragen wurde. Dies bedaure er, weil man sich um eine sachliche Auseinandersetzung bemühe.

Zu den Vorwürfen sei jedoch folgendes zu sagen:

1. "Der Kreis nehme die Ausstattung der ARGE mit Personal zu wichtig und die Arbeitslosen nicht wichtig genug."

Auf der Basis von 5.800 Bedarfsgemeinschaften sei vertraglich ein Personalschlüssel bestimmt worden. Wie bereits geschildert belaufe sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften derzeit auf eine Zahl zwischen 8.700 und 9.100. Zur Einhaltung der Personalschlüssel habe die Trägerversammlung am 08.06.2005 ebenso beschlossen, das Personal der ARGE auf der Basis der Zahl der seinerzeit

betreuten Bedarfsgemeinschaften (8.500) auf 187 Stellen aufzustocken. Seitdem habe es keine Forderung der Kommunen nach mehr Personal gegeben, obwohl die Zahl der Bedarfsgemeinschaften weiter gestiegen sei.

2. "Die Kommunen weigern sich auf eine pauschalierte Abrechnung der Personalkosten zu verzichten."

Im ARGE-Vertrag sei vereinbart worden, dass keine Spitzabrechnung der Personalkosten erfolgen sollte. Man werde an den vertraglichen Regelungen festhalten.

Die Arbeit in der ARGE selbst laufe mittlerweile gut, was auch an der Anzahl der abnehmenden Beschwerden erkennbar sei.

3. Ausbildungsplätze 2006

- Landrat Dr. Kirsch:

Für die 20 Ausbildungsplätze, die für das Jahr 2006 bei der Kreisverwaltung ausgeschrieben worden seien, hätten sich 607 Personen beworben. Dies sei eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr, in dem nach zwei Auswahlverfahren insgesamt 501 Bewerbungen eingegangen seien um fast 20%.

Von den 607 Bewerbern seien 161 zu einem Einstellungstest eingeladen worden. Nach Sichtung der Testergebnisse würden mit 85 Personen derzeit Vorstellungsgespräche stattfinden. Bis heute hätten jedoch bereits 21 Personen ihre Teilnahme am Vorstellungsgespräch abgesagt.

Die Verwaltung überlege, das Auswahlverfahren - vor dem Hintergrund der vielen Absagen nach dem Einstellungstest - künftig zu verkürzen.

4. Optimierung der örtlichen Zuständigkeiten im Rettungsdienst

- Landrat Dr. Kirsch:

Die Einsatzbereiche der Rettungswachen seien im Rettungsbedarfsplan festgelegt und orientierten sich an den kommunalen Gebietsgrenzen. An Schnittstellen sei es gegebenenfalls sinnvoller, eine Nachbarwache einzusetzen, weil diese ortsnäher sei. Die Ausstattung der Leitstelle mit neuer Technik lasse es nun zu, örtliche Zuständigkeitsgrenzen relativ einfach zu verschieben.

Diese Möglichkeit solle zunächst bei den Kreisrettungswachen erprobt und genutzt werden. Das betreffe die Zuständigkeitsbereiche der Wachen Drensteinfurt, Sendenhorst, Telgte, Ostbevern und Ennigerloh.

Für den Fall dass sich die Verschiebungen bewährten, werde diese Änderung dem Kreistag vorgelegt werden. Die Testphase solle zunächst ein Jahr dauern.

5. Nutzung des Sitzungsdienstangebotes im Internet

➤ Landrat Dr. Kirsch:

Seit Mai 2005 würden die Daten des Sitzungsdienstes im Internet angeboten. Im März 2005 habe es vor der Veröffentlichung eine Vorstellung des Internetauftrittes für die Fraktionsvorsitzenden gegeben. Bei dieser Vorstellung seien einige Fragen offen geblieben, die nachfolgend beantwortet werden:

1. Auf der Startseite werden die "aktuellen Vorlagen" angezeigt. Es wurde die Frage gestellt, ob der Zeitraum beeinflusst werden könne. - Ja, eine Korrektur sei erfolgt.
2. Ist ein elektronischer Versand der Einladungen und Unterlagen möglich? - Ja, die Versendung von Einladungen und Unterlagen per Mail sei möglich. Es werde aber empfohlen, die Unterlagen in dem Sitzungsdienstangebot anzubieten (1 Datei). Diese könne dann bei Bedarf heruntergeladen werden. Der Versand per Mail könne zu Problemen führen, wenn die Anlagen sehr umfangreich sind, z.B. durch Größenbeschränkungen der Postfächer.
3. Ist eine Übernahme der Altdaten möglich? - Die Altdatenübernahme sei nochmals geprüft worden. Nach heutigen Erkenntnissen seien aufgrund von Programmfehlern des alten Programms aber nicht alle Unterlagen vollständig gepflegt. Es werde eine umfangreiche Nachbearbeitung notwendig sein. In Anbetracht der geringen Internet-Nutzung erscheine heute der Aufwand für eine Nachbearbeitung nicht gerechtfertigt.
4. Ist die Ausstattung der Sitzungsräume mit Wireless-Lan-Komponenten möglich? - Die Ausstattung sei technisch möglich. Es würden für das Große Ausschussszimmer etwa Kosten in Höhe von 1.450 € und für die kleineren Besprechungsräume etwa 800 € entstehen. Die hohen Kosten entstünden dadurch, dass keine Kopplung mit dem Kreisverwaltungsnetz erfolgen dürfe. Die Wireless-Verbindungen sollten zudem verschlüsselt werden.
5. Im Sitzungsdienstangebot für die Kreistagsmitglieder erschienen zwischenzeitlich auch "Anträge".

Von August bis Oktober hätten insgesamt 1.856 Zugriffe auf das Sitzungsdienstangebot im Internet stattgefunden. 1.737 Zugriffe entfielen dabei auf Bürger und lediglich 119 Zugriffe auf Kreistagsmitglieder, wobei es sich um wenige Kreistagsmitglieder handele, die jeweils mehrfach zugegriffen hätten.

2. Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2005**353/2005****Beschlussvorschlag:**

1. Die in der Sitzungsvorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, die dem Kreistag zur Kenntnis gegeben werden müssen (Anlage I), werden zur Kenntnis genommen.
2. Den in der Sitzungsvorlagen aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, die der Zustimmung des Kreistages unterliegen (Anlage II), wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

3.	Umsatzsteuerproblematik beim Defizitgleich der Kosten der Tierkörperbeseitigung	354/2005
-----------	--	-----------------

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. finanzgerichtlich klären zu lassen, ob es sich bei der Defizitzahlung des Kreises um einen „echten Zuschuss“ mit der Folge der Mehrwertsteuerfreiheit handelt,
2. bei negativem Ausgang des finanzgerichtlichen Verfahrens gem. Erlass des MUNLV vom 25.07.2005 die Mehrwertsteuer beim Tierhalter durch die Fa. SNP nacherheben zu lassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

4. Erweiterung der Start- und Landebahn am FMO**320/2005/1****Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreis Warendorf beteiligt sich in Höhe seines Anteils von 2,4501 v.H. am Stammkapital der Flughafen Münster-Osnabrück GmbH (FMO) an der geplanten Eigenkapitalerhöhung zum Zwecke der Finanzierung der Verlängerung der Start- und Landebahn von 2.170 m auf 3.000 m.
2. Einzahlungen auf die geplante Eigenkapitalerhöhung leistet der Kreis in den Jahren 2006 bis 2008. Dafür ist im Haushaltsplan 2006 eine erste Rate i.H.v. 250.000 € veranschlagt. Weitere Raten von je 400.000 € werden in die Finanzplanung 2007 und 2008 eingestellt.
3. Der Vertreter des Kreises Warendorf in der Gesellschafterversammlung der FMO GmbH wird beauftragt, dort der Eigenkapitalerhöhung im vorgesehenen Umfang zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 15 Nein 1 Enthaltung 0

5.	Erlass von Kostenerstattungsbeträgen im Rahmen der SGB II-Jahresabrechnung 2005	355/2005
-----------	--	-----------------

Beschlussvorschlag:

1. Dem vorgeschlagenen Verzicht auf Kostenerstattungsbeträge im Rahmen der SGB II-Jahresabrechnung 2005 gegenüber den Städten und Gemeinden wird zugestimmt.
2. Dieser Erlass wird in der Gesamtsumme auf einen Betrag von 3,2 Mio. € begrenzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

6.	Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Chemischen Landes- und Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt Münster zur Lebensmitteluntersuchung	356/2005
----	---	-----------------

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Chemischen Landes- und Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt Münster auf der Basis des als Anlage I beigefügten Vertragsentwurfs abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

7.	Errichtung von zwei neuen Bildungsgängen am Berufskolleg Beckum	342/2005
-----------	--	-----------------

Beschlussvorschlag:

Die Errichtung folgender zwei Bildungsgänge am Berufskolleg Beckum zum Schuljahr 2006/2007 wird beschlossen:

1. Zweijährige Berufsfachschule mit dem Ziel des Erwerbs der beruflichen Grundbildung in dem Berufsfeld Metalltechnik/Mechatronik und des Sekundarabschlusses I (Fachoberschulreife) gem. Anlage B 1 der APO-BK vom 26.05.1999
2. Zweijährige Berufsfachschule mit dem Ziel des Erwerbs beruflicher Kenntnisse in dem Berufsfeld Metalltechnik/Mechatronik und der Fachhochschulreife gem. Anlage C 5 der APO-BK 26.05.1999

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

8.	Entsorgungsentgelte 2006
-----------	---------------------------------

341/2005

Beschlussvorschlag:

Der Festlegung der Entsorgungsentgelte 2006 für die Abfälle aus den Haushalten und dem kommunalen Bereich wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

9.	Abschließende Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2006 und des Investitionsprogramms 2005 bis 2009	358/2005
-----------	--	-----------------

Beschlussvorschlag:

1. Die Beratungsergebnisse der Ausschüsse – so wie sie sich aus den Listen ergeben – werden beschlossen.
2. Dem Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Abrechnung der Einnahmen und Ausgaben i.V.m. dem SGB II wird zugestimmt.
3. Der Hebesatz zur allgemeinen Kreisumlage wird auf 32,6 v.H., der Hebesatz für die Jugendamtsumlage (Verwaltungshaushalt) wird auf 16,5 v.H. bzw. auf (Vermögenshaushalt) 0,048 v.H. festgesetzt.
4. Im Übrigen werden die Haushaltssatzung des Kreises Warendorf für das Jahr 2006 und das Investitionsprogramm 2005 bis 2009 in der eingebrachten Fassung mit den empfohlenen Änderungen aller Fachausschüsse beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 1

10. Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien**364/2005****Beschlussvorschlag:**

1. Herr Josef Strohbücker wird für Frau Martina Hartmann als sachkundiger Bürger zum Mitglied des Sozialausschusses bestellt.
2. Frau Ingrid Hohmann de Palma wird für Herrn Thomas Lins als stellvertretendes Mitglied in die Verbandsversammlung des SPNV Münsterland entsendet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

11.	Anfrage der FDP-Fraktion zur Zielvereinbarung des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien	362/2005
------------	---	-----------------

Zu Frage 1: "Wie sieht die Zielvereinbarung aus, wonach die Kosten der Jugendhilfe durch eine Verstärkung des allgemeinen Sozialdienstes gesenkt werden sollen?"

➤ KD Dr. Börger:

Die Zielvereinbarung sei den Fraktionsvorsitzenden und den Mitgliedern des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien zugesandt und im Fachausschuss diskutiert worden. Durch eine Realisierung der Ziele sollten die Kosten im Bereich der Hilfen zur Erziehung in den kommenden Jahren um rund 270.000 € gesenkt werden.

Zu Frage 2: "Können die Erwartungen, die dieser Zielvereinbarung zugrunde liegen, begründet werden?"

➤ KD Dr. Börger:

Ja, aufgrund der Organisationsuntersuchung der Firma Wibera. Diese liege den Fraktionsvorsitzenden ebenfalls vor.

12.	Anfrage der FDP-Fraktion zur strukturellen Veränderung beim Amt für Kinder, Jugendliche und Familien	363/2005
------------	---	-----------------

➤ Dr. Funke:

Diese Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion beziehe sich wie die vorherige Anfrage ebenfalls auf das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien und das Gutachten der Firma Wibera.

Zu Frage 1 und 2: "In welcher zeitlichen Abfolge hat sich die Reorganisationsmaßnahme vollzogen und wie weit ist diese bereits umgesetzt? Die FDP-Fraktion bittet um Darstellung der Reorganisationsmaßnahme."

➤ Dr. Funke:

Auch dies sei im Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien intensiv diskutiert worden. Im Dezember 2003 sei aus einem mehrstufigen Auswahlprozess die Firma Wibera ausgesucht worden, eine Organisationsuntersuchung im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien durchzuführen. Anfang 2004 sei mit dieser Untersuchung in enger Abstimmung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern begonnen worden. Im Dezember 2004 seien erste Ergebnisse vorgestellt und im Mai 2005 der Abschlussbericht vorgestellt worden. Mit der Umsetzung der Vorschläge sei bereits in diesem Jahr begonnen worden. So sei beispielsweise der Abteilungsleiter aus der Leiterebene herausgenommen und ein zusätzliches Sachgebiet "Unterhaltsheranziehung" geschaffen worden. Momentan beschäftige man sich mit dem Einsatz einer neuen Software. Die Einführung sei für den Januar/Februar 2006 vorgesehen.

Zu Frage 3: "Wie groß ist die Anzahl nicht bearbeiteter Fälle und auf welches Maß soll diese bis zu welchem Zeitpunkt zurückgeführt werden?"

➤ Dr. Funke:

Es gebe keine unbearbeiteten Fälle. Es werde unmittelbar geholfen.

Zu Frage 4: "Welche Einsparungen erwartet man als Folge der Umsetzung dieser Maßnahme langfristig (ab 2008)?"

➤ Dr. Funke:

Wie die Finanzplanung ab 2008 in diesem Bereich aussehe, könne derzeit noch nicht beantwortet werden. Auf jeden Fall werde eine Qualitätsverbesserung erwartet, die sich nicht in Zahlen ausdrücken lasse.

Dr. Wolfgang Kirsch
Landrat

Dr. Heinz Börger
Schriftführer